



© Deutscher Bundestag / Thomas Imo / photothek

Bundesministerin für Gesundheit Nina Warken (l), CDU/CSU, MdB, bei ihrer Vereidigung durch Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (r), CDU/CSU, MdB

Konstruktive Kommunikation und Kooperation mit den Partnern im Gesundheitswesen erwartet

Klinikverbund Hessen gratuliert Frau Nina Warken zur Ernennung als Bundesgesundheitsministerin

„Wir gratulieren Frau Warken zur Ernennung als neue Bundesgesundheitsministerin und wünschen ihr alles Gute und viel Erfolg für diese anspruchsvolle Tätigkeit“, erklärt Achim Neyer, Vorstandsvorsitzender des Klinikverbunds Hessen. Vor ihr lägen wichtige Aufgaben, um die Gesundheitsversorgung angesichts der demografischen Entwicklung zukunftsfest zu gestalten. „Dazu gehören auch einige Maßnahmen, die rasches Handeln erfordern, beispielsweise Nachbesserungen bei der Krankenhausreform und den Hybrid-DRG, um deren zielgerichtete Umsetzung überhaupt zu ermöglichen“, betont Neyer. Beispielsweise sei der Zeitplan der Krankenhausreform zu kurzfristig und in seinen Schritten in einer falschen Reihenfolge. Auch die geplante Vorhaltefinanzierung in der jetzigen Form müsse überdacht werden, um tatsächlich das Ziel

einer bedarfsorientierten sicheren Krankenhausfinanzierung und damit auch Krankenhausversorgung zu erreichen.

„Insbesondere erwarten wir von der neuen Bundesgesundheitsministerin eine konstruktive Kommunikation und Kooperation mit den Verantwortlichen für die Gesundheitsversorgung und den entsprechenden Verbänden“, betont Dr. Julia Hefty, stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Klinikverbunds Hessen. Die Ausgestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen benötige die Erfahrung und Expertise der Versorgungspraxis, um die Gesundheitsversorgung tatsächlich zu verbessern und für die Zukunft zu rüsten.

„Neben Details der Leistungsgruppen und der Vorhaltevergütung benötigen auch die Regelungen zu den Hybrid-DRG eine rasche Überarbeitung“, stellt Reinhard Schaffert, Geschäftsführer des Klinikverbunds Hessen fest. Der letzte Woche vom ergänzten erweiterten Bewertungsausschuss verabschiedete Leistungskatalog für die Hybrid-DRG sei völlig realitätsfremd und habe mit der Einbeziehung von Fällen mit bis zu zwei Belegungstagen Verweildauer sowie rein stationärer Leistungen wie Gallenblasen- und Blinddarmoperationen unabsehbare Folgen auch für das restliche DRG-System sowie die Leistungsgruppen der Krankenhausreform. Weitere wesentliche Themen der Gesundheitspolitik seien die Notfallreform, die Patientensteuerung sowie die Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung.

„Zudem brauchen wir rasch und umfassend eine echte Entbürokratisierung der Gesundheitsversorgung, das würde schnell und effektiv Ressourcen für die eigentliche Aufgabe der Patientenversorgung freisetzen“, betont Schaffert.

